Nr. 3. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 13.50 Mk., monatl. 4.50 Mk. frei ins Haus, pünktlich zahlbar. Postbezug: Monatlich 4.50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7.50 Mk., für das übrige Ausland 12.— Mk. bei täglich einmal. Zustellung 10.— Mk. + Valuta-Aufschlag. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1.50 Mk., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellenanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.00 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 2. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Mehr Demokratie in der Verwaltung!

Vor einigen Tagen fand in Berlin eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der unteren Beamten statt. In dieser Versammlung wurden von mehreren Rednern aus den Reihen der Unterbeamten und von Rechtsanwälten, die Unterbeamte in dienstlichen Streitfällen vertreten, zahlreiche schwere Angriffe gegen Staatsverwaltungen, insbesondere preußische Ministerien, erhoben.

So wurde unter anderem dem Justizministerium vorgeworfen, daß Gefängnis-Unterbeamte, weil sie über pflichtwidriges Verhalten eines Gefängnisdirektors Beschwerde geführt und im Beamtenrat ihre Interessen vertreten haben, disziplinarisch entlassen worden sind, weil ein „untergebener" Beamter so nicht auftreten dürfe. Das Disziplinarverfahren soll in außerordentlich rigoroser und schikanöser Weise geführt sein. Eine Untersuchung der Beschwerden gegen den Gefängnisdirektor hat das Justizministerium abhängig gemacht von dem Ausgang des Disziplinarverfahrens gegen die Unterbeamten, so daß der Direktor in diesem Verfahren als Zeuge auftreten konnte. Ihm wurde geglaubt. Der Antrag, erst die Beschwerden gegen den Direktor zu untersuchen, wurde abgelehnt. In diesem Falle, wie auch in anderen Fällen sollen bei den Untersuchungen Angeklagte und Zeugen zum Teil unter starker Einwirkung veranlaßt worden sein, über ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei oder zu einer Berufsorganisation Auskunft zu geben, und soll ihnen diese Mitgliedschaft als ungünstiges Moment angerechnet sein. In Brieg sollen z. B. nach einer Beschwerde des Beamtenrats alle Justizunterbeamten durch einen Staatsanwaltschaftsrat protokollarisch vernommen sein, wer organisiert sei und wer den Beamtenrat zur Beschwerde beauftragt habe.

Im preußischen Ministerium des Innern wurde der Geheime Regierungsrat Dove als besonders energischer Vertreter des alten reaktionären Verwaltungsgeistes bezeichnet, der z. B. die Beiseiteschiebung der alten Schutzmannschaft zugunsten der neuen Sicherheitspolizei damit begründet habe, die Schutzleute hätten am 9. November 1918 versagt, indem sie die Waffen niederlegten, und wären jetzt unbrauchbar, weil sie sich alle das grüne Buch (Mitgliedsbuch der Sozialdemokratischen Partei) hätten in die Hand drücken lassen.

Allgemein, besonders aber bei dem preußischen Ministerium des Innern wurde darüber geklagt, daß man sich weigere, mit den Beamtenorganisationen über die Wünsche der Beamten zu verhandeln, und daß alle Anordnungen ohne Anhören der unteren und mittleren Beamten von oben herab diktiert würden. Der Minister des Innern, Heine, habe jetzt den Beamtenorganisationen mitgeteilt, daß er in den nächsten Wochen zu Konferenzen keine Zeit habe. Aber auch die höheren Beamten des Ministeriums verhandelten nicht.

Ich habe bereits in jener Versammlung, an der ich als Vertreter der Nationalversammlungs-Fraktion teilnahm, betont, daß die vorgebrachten Beschwerden im einzelnen der Nachprüfung bedürfen. Ich will mich daher auch heute darauf beschränken, einige allgemeine Bemerkungen zu den angeschnittenen Fragen zu machen.

Für jeden, der einigen Einblick in die Reichs- und Staatsverwaltung hat, ist es kein Geheimnis, daß die Reaktion noch an sehr vielen Stellen in ziemlich unvermindertem Maße ihre Herrschaft ausübt. Wenn diese reaktionäre Herrschaft heute als besonders drückend empfunden wird und so starke Unzufriedenheit hervorruft, so deshalb weil man im Volke erwartet, daß ein Jahr nach der Revolution auch in der Verwaltung der neue Geist sich bereits deutlicher bemerkbar machen müßte. Es wäre verfehlt, die einzelnen Minister, insbesondere auch die einzelnen sozialdemokratischen Minister, dafür verantwortlich zu machen, wenn in ihrer Verwaltung Mißstände vorkommen, weil die Tätigkeit der Behörden noch völlig von dem alten Geiste des Obrigkeitsstaates und der Bureaukratie getragen ist. Die Verantwortung trägt noch außen wohl der Minister. Tatsächlich kann er aber nur die Grundzüge der Tätigkeit seiner Verwaltung bestimmen und Direktiven geben, während die Ausführung im einzelnen Fall den nachgeordneten Behörden obliegt, die wieder überwacht werden von den an leitender Stelle stehenden Beamten, die neben und unter dem Minister arbeiten. Deren Tätigkeit dauernd zu kontrollieren würde jedem Minister rein technisch und physisch unmöglich sein. Deshalb ist erste Voraussetzung einer Demokratisierung der Staatsverwaltung, daß der Minister sich mit Mitarbeitern umgibt, die ebenfalls auf dem Boden seiner Anschauungen stehen.

Wenn daher von seiten der Deutschnationalen versucht wird, die unzufriedene Stimmung unter den Beamten für sich auszunutzen, indem sie sagen, für die Beamten sei es nach der Revolution durch die Schuld der neuen Regierung nicht besser, sondern schlechter geworden, dann kann diesen Herren nur entgegengehalten werden, daß es ja im wesentlichen ihre Parteifreunde sind, die noch von dem alten Regime her in den leitenden Verwaltungsstellen sitzen. Und ich habe je länger desto mehr die Ueberzeugung gewonnen, daß es in den Ministerien und in anderen Verwaltungsbehörden eine ganze Menge alter leitender Beamter gibt, die es sehr gern sehen, wenn aus ihrer Tätigkeit, insbesondere auch aus der von ihnen beliebten Behandlung der unteren und mittleren Beamten Schwierigkeiten für die gegenwärtige Regierung entstehen und so die neue Staatsordnung in Mißkredit gebracht wird.

Wenn man einen Vorwurf gegen die neuen Regierungen im Reich und in den Ländern und damit zum Teil auch gegen unsere Parteigenossen in den Regierungen erheben kann, so ist es der, daß sie bisher in noch nicht ausreichendem Maße für eine Erneuerung der Beamten in leitenden Stellungen Sorge getragen haben. Es war natürlich unmöglich, nach der Revolution schlankweg alle auf dem Boden der reaktionären Parteien stehenden Beamten sofort zu entlassen. Das hätten auch die radikalsten Parteien nicht tun können, da es ausgeschlossen gewesen wäre, mit einem Schlage diese alten verwaltungstechnisch eingearbeiteten Beamten durch einigermaßen geeignete Kräfte zu ersetzen. Ich glaube aber, daß die neuen Männer in der Regierung an die allmähliche, systematische Erneuerung des alten Beamtenkörpers doch etwas zu zaghaft herangegangen sind. Es genügt nicht, wenn diejenigen Beamten von ihren Posten entfernt werden, denen man eine demonstrative Agitation gegen die heutige Regierung und Staatsordnung nachweisen kann — denn nach dieser Richtung hin sind die Herrschaften meistens sehr vorsichtig —, sondern wir müssen, wenn die Verwaltung einheitlich arbeiten soll, auch alle diejenigen aus leitenden Stellungen entfernen, die durch ihre Tätigkeit zeigen, daß sie sich nicht ehrlich auf den Boden der Republik und der Demokratie stellen wollen.

Aber selbst gegenüber einem demonstrativen Auftreten von Beamten gegen die heutige Staatsordnung sind die Regierungen äußerst nachsichtig. Ein typisches Beispiel dafür ist das Vorgehen des preußischen Kultusministeriums gegen diejenigen Schulleiter, die die Schülerdemonstrationen der deutschnationalen Hetzer unterstützt haben. Anstatt hier sofort ein weithin sichtbares Exempel zu statuieren und einige der Schulleiter, deren Schuld klar zutage lag, sofort aus ihrer Stellung zu entfernen und das Disziplinarverfahren zum Zwecke der Dienstentlassung ohne Pension gegen sie einzuleiten — was jetzt endlich in dem einen Falle Leonhardt geschehen ist —, werden erst große Untersuchungen eingeleitet. Und wer führt solche Untersuchungen? Herren aus dem Ministerium, die vielfach innerlich mit dem Vorgehen der angeschuldigten reaktionären Beamten durchaus einverstanden sind und die dann alles tun, um die Angelegenheit hinzuziehen und vor allen Dingen die Verfehlungen in einem möglichst milden Lichte erscheinen zu lassen. Der Minister, der sich auf den Vortrag seiner Mitarbeiter natürlich verlassen muß, bekommt dann die Angelegenheit so vorgetragen, daß die Entscheidung möglichst im Sinne jener Kreise fällt.

Deshalb muß in erster Linie hier Hand angelegt werden. Beamte in den Ministerien mit solchen Funktionen dürfen nur aus den Kreisen der aufrichtigen Republikaner, Demokraten und Sozialisten genommen werden. Wenn es Tatsache ist, daß es noch Ministerien gibt, in denen keine oder fast keine Sozialdemokraten und nur ganz vereinzelte ehrliche bürgerliche Demokraten zu finden sind, so bedeutet das allerdings ein Maß von Nachsicht gegenüber den übernommenen Anhängern des alten Systems, dessen Gefährlichkeit sich besonders enthüllt, wenn man sieht, daß gerade aus diesen Verwaltungen die meisten Beschwerden kommen.

Es ist auch ein Uebermaß von Nachsicht, wenn man den Landräten noch immer gestattet, in den größtenteils aus Staatsmitteln unterhaltenen amtlichen Kreisblättern — wovon mir einige Exemplare vorliegen — die gegenwärtige Regierung und Staatsordnung in der gemeinsten Weise anzupöbeln und zu verleumden. Eine von Sozialdemokraten geleitete Kreisblattüberwachungsstelle und schärfstes Eingreifen wäre längst notwendig gewesen.

Ich erkenne die Schwierigkeiten des Personalersatzes durchaus an. Aber wir sollen uns davor hüten, wie das leider auch zum Teil von unseren Parteigenossen in der Regierung geschieht, das alte Beamtentum und den alten bureaukratischen Geschäftsgang zu überschätzen. Die alte Bureaukratie hat ein lebhaftes Interesse daran, zu „beweisen", daß die Geschäftserledigung nur nach dem alten Schema möglich ist. Und leider glauben das auch verschiedene der neuen Minister. Die Dinge liegen tatsächlich so, daß in vielen Ministerien, besonders in Preußen, der Ressort-Partikularismus mehr als früher auf die Spitze getrieben wird und alles bekämpft wird, was in die Geschäftserledigung einen neuen, nicht mit dem alten bureaukratischen Stempel versehenen Zug hineinbringen könnte. Es ist eine allgemeine Erscheinung, daß Sozialdemokraten in höheren Beamtenstellen von den konservativen alten Beamten als „Eindringlinge" scheel angesehen und nur notgedrungen „geduldet" werden, daß man ihnen möglichste Schwierigkeiten in der Arbeit bereitet und jeden Versuch, das bureaukratische Schema zu ändern, entschieden bekämpft. Fast überall erfolgt z. B. die Erledigung der meisten Beschwerden und Eingaben aus der Bevölkerung in der alten Weise: Maßgebend ist der Bericht der angegriffenen Behörde. „Ihre Beschwerde wird abgewiesen". „Es bleibt bei dem ersten Bescheide" usw. Gründe sind überflüssiger Luxus.

Gewiß ist für viele Posten eine juristische oder überhaupt akademische Vorbildung nötig. Aber abgesehen davon, daß es zahlreiche Juristen, Volkswirtschaftler usw. gibt, die getragen von ehrlicher republikanischer und demokratischer Anschauung ihre Dienste dem Staate zur Verfügung stellen würden, gibt es doch auch eine große Anzahl von Posten, bei denen auch aus dem Arbeiter- und Kaufmannsstande hervorgegangene Kräfte, wenn sie in den Arbeitskreis hineingesetzt werden, ihren Aufgaben durchaus gewachsen sind, wie zahlreiche Beispiele aus dem letzten Jahre beweisen. Der junge Assessor oder Referendar aus bürgerlichen Kreisen, der heute in die Verwaltung eines Landratsamtes, einer Regierung, einer Steuerbehörde usw. hineinkommt, versteht, abgesehen von seiner juristischen Vorbildung, von den praktischen Erfordernissen seines Amtes meistenteils viel weniger, als ein tüchtiger Arbeiter, Gewerkschaftssekretär oder Kaufmann. Alle diese Letzteren kommen aber heute an den Staatsdienst einfach nicht heran. Denn wer entscheidet über die Einstellung, Beförderung und Versetzung von Beamten? Der Minister kann natürlich nur die letzte Entscheidung treffen. Er muß sich auf das Urteil seiner Personalreferenten verlassen. Personalreferenten sind aber in den meisten Ministerien nicht bloß Leute des alten Systems, sondern besonders gewiegte Vertreter des alten Systems, die es in sehr geschickter Weise verstehen, alle ihnen politisch nicht passenden Kräfte einfach als „ungeeignet" fernzuhalten. Hier muß also Wandel geschafft und die Personalreferate der Ministerien und sonstigen Verwaltungsstellen müssen in die Hände von Anhängern der heutigen Staatsordnung gelegt werden.

Notwendig ist auch noch etwas weiteres. Wenn die preußisch-deutsche Verwaltung als besonders bureaukratisch verschrien war, so deshalb, weil sie vollständig von dem Geiste des Obrigkeitsstaates getragen war. In ihr herrschte Gehorsam und Disziplin in ausgeprägtester Weise, so daß die Untergebenen nur das zu tun und zu denken hatten, was der Vorgesetzte anordnete. Auch bei der rein geschäftlichen Erledigung der Aufgaben der einzelnen Behörden war es ausgeschlossen, Ratschläge und Vorschläge der unteren und mittleren Beamten in nennenswertem Maße zur Geltung zu bringen, wenn nicht mal irgendein vernünftiger wohlwollender Vorgesetzter sie entgegennahm. Der leitende Beamte ordnete an, die anderen hatten nach diesen Anordnungen zu arbeiten und evtl. auch Dummheiten widerspruchslos zu machen. Ein Mitbestimmungs- oder auch nur Beratungsrecht bei der Erledigung der Beamtenfragen oder der Dienstregelung war völlig ausgeschlossen. Es ist ja bekannt, in welcher Weise unter der alten Herrschaft die Beamten-Organisationen vegetieren mußten. Außerordentlich viel lebendige Kraft, Fähigkeit und Intelligenz hat so in der deutschen Beamtenschaft brach gelegen, und auf diesem Boden ist die Verknöcherung des Beamtentums entstanden. Wie auf allen Gebieten, müssen wir diese Kräfte auch im Beamtentum für das neue Deutschland schnellstens nutzbar machen.

Es gilt daher den Aufstieg fähiger unterer und mittlerer Beamten in die höheren Stufen zu ermöglichen. Die Prüfung der Fähigkeit darf nicht von den vorgesetzten Beamten allein, sondern muß in Gemeinschaft mit berufenen Vertretungen der unteren und mittleren Beamten selbst erfolgen. Es ist weiter notwendig, daß das in dem Betriebsrätegesetz angekündigte Gesetz über Beamtenräte schleunigst herauskommt, damit die Willkür und autokratische Herrschaft der oberen Beamten gebrochen wird und alle Kräfte nutzbar gemacht werden für die Ma-

Hochflut und Erdbeben am Rhein.

(Drahtung unseres Kölner Mitarbeiters.)

Nachdem das Hochwasser zurückgeht, läßt sich erkennen, welche ungeheueren Verheerungen die Hochflut in den davon betroffenen rheinischen Gebieten, besonders in tiefer gelegenen Flecken hervorgerufen hat. Gestern wurden in mehreren rheinischen Orten sekundenlang andauernde heftige Erderschütterungen wahrgenommen.

In den einzelnen Städten sind großzügige Rettungswerke im Gange. Wo durch das Hochwasser die Versorgung von Familien bedroht ist, deren Häuser umspült wurden, sind überall Volksküchen errichtet. Außer der kommunalen Wohlfahrt wird aber auch eine großzügige staatliche Hilfe einsetzen müssen. Leider hat die Hochflut auch zahlreiche Menschenleben vernichtet.

Bernisierung der Reichs- und Staatsverwaltung. Auch die unteren und mittleren Beamten dürfen nicht mehr tote Nummern im Behördenapparat sein. Brennend ist eine Reform des Disziplinarverfahrens, bei der den unteren und mittleren Beamten ein angemessenes Mitwirkungsrecht gegeben werden muß. Das Disziplinarverfahren beruht heute auf dem Gesetz von 1852, ist also nicht nur vorrevolutionär, sondern sogar vorsintflutlich. Bis zum Erlaß des neuen Gesetzes sollte man die alten Bestimmungen nur in unbedingt zwingenden Fällen anwenden und sie in weitestgehendem Maße mildern.

Niemand kann verkennen, daß die Demokratisierung der Verwaltung eine der schwierigsten Aufgaben ist, weil die auf dem Boden des alten Systems stehenden Beamten sich in geschickter Weise zäh an diese Machtpositionen festklammern. Es wäre Uebermenschliches, wollte man von den Ministern verlangen, daß sie diese Demokratisierung allein und im Handumdrehen verwirklichen können. Es ist aber notwendig, daß man energisch beginnt, und daß vor allem Anhänger der Demokratie und der Republik in die maßgebenden Posten der Ministerien berufen werden, die als besondere Aufgabe die Bearbeitung dieser Verwaltungsreform in der Richtung der Demokratisierung in die Hand zu nehmen haben. Eine ganze Reihe Konflikte zwischen Regierung und Volk sowie einzelnen Gruppen desselben werden dadurch ohne weiteres beseitigt werden.

Der Feind steht rechts! Die Reaktion in der Verwaltung ist gefährlicher als hundert Reinhardts. Mehr Demokratie in der Verwaltung, das ist demnach die brennendste Forderung des Tages! Franz Krüger.

Aus dem Lande der Hirten.

(Von unserem Schweizer Mitarbeiter.)

Die lokalen Arbeiterunionen der schweizerischen Arbeiterbewegung hielten am vergangenen Sonntag eine zweite Konferenz in Olten ab, die wiederum von 21 Verbänden verschiedener Städte beschickt war, und in welcher es sich um die Festlegung der Richtlinien der künftigen Arbeiteroktionen in der Schweiz handelte. Allgemein war die Ansicht, daß der Schwerpunkt künftiger Aktionen in die Arbeiterunionen verlegt werden müsse. Partei und Gewerkschaftsbund haben sich bei den verflossenen Massenaktionen als zu wenig bewegungsfähig und schlagfertig gezeigt, weshalb der Erfolg in der erwarteten Weise ausbleiben mußte. Die lokalen Unionen wollen nicht in die Aufgaben der Partei und des Gewerkschaftsbundes eingreifen, aber sie wollen bei allen von der Partei in Szene gesetzten und vom Gewerkschaftsbund durchzuführenden Aktionen das ihnen gebührende Mitspracherecht und vor allen Dingen eine angemessene Vertretung im Gewerkschaftsausschuß. In der Hauptsache aber verlangen sie den Ausbau der vom letzten Arbeiterkongreß in Basel angeregten Organisation, in welcher Partei, Gewerkschaftsbund und lokale Arbeiterunion ihrer Stärke und Bedeutung entsprechend vertreten sind. Diese Organisation soll über Partei und Gewerkschaftsbund stehen und einzig über die Auslösung von künftigen Massenaktionen zu entscheiden haben. Mit diesem Begehren sind aber die Zentralverbände der einzelnen Berufe nicht einverstanden. Vielmehr wollen diese die Teilnahme an Massenaktionen von vorausgegangenen Urabstimmungen in den einzelnen Verbänden abhängig machen, um sich der Verantwortung für die Vorwürfe des Kontraktbruches bei bestehenden Tarifverträgen zu entschlagen.

Die Aufgaben der kommenden neuen Organisation, die als Schweizerische Arbeiterunion bezeichnet werden soll, werden wie folgt umschrieben:

„a) Alle gemeinsamen Aktionen der schweizerischen Arbeiterklasse sind von dieser zu beschließen und durchzuführen. b) Sie hat die sozialistische und allgemeine Bildung der Arbeiterklasse zu heben; c) die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung zu fördern und im Sinne des Klassenstandpunktes zu beeinflussen; d) die sozialistische Jugendorganisation zu fördern; e) die internationalen Verbindungen mit dem Proletariat der andern Länder auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes zu pflegen."

Diese Thesen werden in der schweizerischen Arbeiterbewegung, namentlich aber in den Berufsverbänden noch viel zu reden geben. In den letzteren herrscht über die Zweckmäßigkeit dieser Vorschläge noch eine sehr geteilte Meinung, denn man möchte doch nicht ohne weiteres den Spatzen in der Hand fliegen lassen, um der Taube auf dem Dach nachzujagen; auf keinen Fall möchte man ohne weiteres die Tarifverträge mit dem Unternehmertum preisgeben, wenn man nichts Besseres dafür hat.

Die Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei hat den Vorschlag des Internationalen Aktionskomitees, das letzte Woche in London versammelt war, und der dahin ging, es solle die schweizerische Partei beauftragt werden, die Sozialisten aller Länder und aller Richtungen und namentlich diejenigen, die die zweite Internationale verlassen, ohne sich der dritten anzuschließen, zu einem allgemeinen Kongreß nach der Schweiz einzuberufen, sofort aufgegriffen, und sie wird schon in ihrer geschäftlichen Januarsitzung das Programm für diesen Kongreß aufstellen und die Einladungen hierzu ergehen lassen. Auf diese Weise wird es möglich sein, die Interrotionale wieder in ihrer vollen Bedeutung zum Leben zu bringen.

Zur Affäre Sonnenfeld.

Genosse Scheidemann schreibt uns:

Die heutige Morgenpresse veröffentlicht wieder Mitteilungen des Sonnenfeld Vater. Das „Berliner Tageblatt" begeht den Irrtum, seinen Lesern mitzuteilen, daß der „Vorwärts" berichtet habe, ich hätte einen Strafantrag gestellt gegen Sonnenfeld Sohn. Es bemerkt dazu: „Das würde praktisch gegenstandslos sein, da sich Sonnenfeld Sohn im Auslande befindet." — Dem „B. T." ist ein Irrtum unterlaufen. Ich habe nicht gegen den im Auslande befindlichen Sonnenfeld, sondern gegen den in Berlin sehr regsamen Sonnenfeld Vater Strafantrag gestellt. Dieser hat jüngst in der Presse die Behauptung aufgestellt, er sei in der Lage, den Beweis dafür zu führen, daß ich an einer Prämienaussetzung für die Ermordung Liebknechts usw. beteiligt gewesen sei. Was lag also näher für mich, als dem Manne so schnell wie möglich Gelegenheit zu verschaffen, seine „Beweise" an Gerichtsstelle zu produzieren. Im übrigen teilen mit mir alle meine Freunde, die in der von den beiden Sonnenfelds arrangierten Affäre genannt worden sind, durchaus den Wunsch des „B. T.", so schnell als möglich vollkommene Klarheit zu schaffen. Was an uns gelegen hat, die Klarstellung zu beschleunigen, ist geschehen. Ich wäre durchaus damit einverstanden, wenn eine amtliche Untersuchungskommission eingesetzt würde, muß allerdings bezweifeln, daß dadurch schneller eine restlose Klarstellung erfolgen könnte als durch die Erledigung der bereits schwebenden fünf Prozesse. Es war für mich und meine Freunde längere Zeit geradezu unmöglich, Klage zu erheben, weil alle Mitteilungen in der Presse, soweit unsere Personen in Betracht kamen, derart vorsichtig verklausuliert gehalten waren, daß wir nach juristischen Auskünften leider keine Handhabe zur Klage hatten. In dem Augenblick, als wir zum ersten Male bestimmten Anlaß dazu bekamen, haben Noske und ich sofort zugegriffen und Klage angestrengt gegen einen hiesigen Redakteur. Den zweiten konkreten Fall, in dem ich zufassen konnte, habe ich sofort wahrgenommen und Strafantrag gegen den älteren Sonnenfeld gestellt. Es ist auffällig, daß in dem Augenblick, wo ich zugreife, nicht nur Sonnenfeld einen vollständigen Rückzug antritt, indem er jetzt seine Urheberschaft an der Behauptung bestreitet, sondern auch die „Deutsche Tageszeitung" plötzlich erklärt, die Klage sei ganz überflüssig, denn an diese Beschuldigung habe kein ernsthafter Mensch geglaubt. Warum hat sie dieser Ueberzeugung keinen Ausdruck gegeben, bevor ich zur Klage schritt? — Noch bezeichnender ist vielleicht, daß selbst die „Rote Fahne", bei der man doch das größte Interesse für die restlose Aufklärung des Falles Liebknecht-Luxemburg voraussetzen sollte, die Erklärung Sonnenfelds vorbehaltlos abdruckt und damit auch ihrerseits sich auf den Standpunkt stellt, daß eine Untersuchung wegen der Beschuldigung, ich hätte eine Prämie auf die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs ausgesetzt, sich gar nicht lohne.

Ich bitte zu beachten, daß außer den beiden von Noske und mir angestrengten Prozessen folgende Prozesse schweben: 1. Strafverfahren gegen die beiden Sonnenfeld; 2. Klage Sklarz gegen „B. S."-Korrespondenz; 3. Ermittlungsverfahren gegen Sklarz.

Daß in diesen fünf Prozessen hinreichend Gelegenheit gegeben sein wird, alle Beschuldigungen gründlich zu prüfen, unterliegt wohl keinem Zweifel.

•

Die „Deutsche Tageszeitung" erklärt sich in ihrer heutigen Ausgabe von Herrn Rechtsanwalt Dr. Hartte, dem Verteidiger Sonnenfelds, zu folgender Mitteilung ermächtigt: Der mehrheitssozialistische Abgeordnete Davidsohn habe dem die Ermittlungssache gegen Georg Sklarz führenden Staatsanwalt Gutjahr in dieser Sache mitgeteilt, daß in den in Betracht kommenden Ministerien seit den letzten vier Wochen die Belege für den Fall Sklarz — nicht für den Fall Sonnenfeld — beiseite gebracht wurden. Die „Deutsche Tageszeitung" selber gibt diese Behauptung unter allem Vorbehalt wieder. Wir sind überzeugt, daß die amtlichen Stellen sich mit aller Beschleunigung dazu äußern werden. Wie wir erfahren, sind die nötigen Ermittlungen bereits im Gange. — Ob Genosse Davidsohn wirklich die ihm von der „Deutschen Tageszeitung" zugeschriebene Mitteilung an den Staatsanwalt gemacht hat, konnten wir bis Redaktionsschluß nicht feststellen, da Genosse Davidsohn nicht zu erreichen war.

Unterwerfung verlangt!

Aus Leibeskräften erstreben die Unabhängigen eine Verständigung mit den Kommunisten der dritten Internationale — mit dem Erfolg, daß diese immer kräftiger die bedingungslose Unterwerfung verlangen. Der Parteivorstand der U. S. P. hat einen Aufruf an alle „sozialrevolutionären Parteien" und die dritte Internationale erlassen, in dem vorgeschlagen wird, etwa im Februar 1920 eine vorbereitende Besprechung zu veranstalten, die sich mit der Frage der Internationale beschäftigen soll.

Die „Rote Fahne" (Zentralfahne) weist dieses Angebot mit Entschiedenheit zurück. Sie schreibt u. a.:

Die dritte Internationale hat eine Plattform. Es wird nun Sache der U. S. P. D. sein, zu der Platform der dritten Internationale, ihrer grundsätzlichen wie ihrer taktischen, sich zu erklären.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die dritte Internationale diese ihre sachliche Plattform, nicht irgendwelche vagen „sozial-

„Erdolcht."

Als Gunther war gefallen und Hagen hingestreckt,
da sprach mit bittren Zähren, das Angesicht bedeckt,
Herr Dietrich von Berne: „Sie trugen alte Schuld,
nicht wollten sie das leugnen, des — sie gedacht in Huld." —
Der Fallern Leibgesellen im jüngst vergangenen Reich,
die wußten wohl zu fehlen, zu blühen nicht zugleich.
Sie küßten Wilhelms Hände, sie taten sein Gebot
und brachten leichter Weise das Volk in grimmste Not.
Dann schwanden sie gleich Schatten, nach Holland floh ihr Aar,
man sah sie nicht am Markte, ward ihrer nicht gewahr. —
Doch wie aus dumpfen Löchern die Ratten kriechen vor,
wenn die Gefahr vergangen, so tauchten sie empor;
sie wagen dreist zu schmälen: „Die Heimat trägt die Schuld"
und scheuen nicht zu prüfen, ob ewig die Geduld
der Heimat, deren Mannschaft zerstampft in Blut versank,
der Heimat, die gehungert sich arm und bloß und krank.
Trotzdem kräht das Gelichter vom heimatlichen Dolch —
den Helden ist es ähnlich als wie dem Stier der Molch.
Gern führten sie im Munde der Nibelungen Art,
das Lied, das sie gepfiffen, hat Zwerge offenbart.
Falls einst der Sänger kündet von dieser Zeiten Zucht,
er wird sie konterfeien als muffig-faule Frucht.

Schlaraffi.

Führer und Führungen durch die Nationalgalerie. Der lähmende Druck, den das Wilhelminische Zeitalter auf die gesamte Kunstentwicklung Deutschlands ausübte, ist auch von unseren Museumsleitern gewichen. Einige, die älteren Herren, scheinen die Erleichterung allerdings noch nicht zu spüren oder sie machen wenigstens keinen Gebrauch davon und verharren in bureaukratischer Enge und Dumpfheit. Andere aber benutzen die Gelegenheit, sich freier zu entfalten und zu zeigen, wer sie sind und was sie wollen. Zu diesen zählt in erster Linie der Direktor unserer Nationalgalerie, Ludwig Justi. Schon vor einigen Monaten ließ er den vorbildlichen Führer zur Sammlung der Handzeichnungen erscheinen, auf den ich seinerzeit hingewiesen habe. Jetzt ist diesem unter dem Titel „Deutsche Malkunst im neunzehnten Jahrhundert" (gebunden 7 M.) ein Führer durch die Gemäldesammlung gefolgt, der auf breiter Basis, aber in gleich vortrefflicher Form eine volkstümliche Anleitung zum Kunstgenießen gibt. Auf die Vermittelung historischen Wissens wird kein Gewicht gelegt, ein um so größeres aber auf die Erweckung des Formsinns und des Gefühls für künstlerische Werte. Dafür ist schon die äußere Einteilung des Führers charakteristisch, der die Maler allgemein in solche scheidet, welche „für äußere Zwecke" (Museumsbilder und Salonbilder) und in solche, die „aus innerem Zwange" schufen. Aus der Sammlung sind 17 Gemälde ausgewählt und auf Bildtafeln reproduziert, an denen das Wesen des malerischen Schaffens dargelegt wird. Die Entstehung jedes Bildes in den gliedernden Grundzügen der Komposition, in den Ausdruckswerten der Linien und Farben bis herab zur Führung der einzelnen Pinselstriche wird dem Leser lebendig vor Augen geführt. Indem der Laie erfährt, welche Fülle von künstlerischen Qualitäten im schlichtesten Gemälde verborgen sein kann und wie jeder Blick neue Seiten eines Werkes enthüllt, öffnet sich ihm der Weg zum Kunsterleben. Dabei ist der Ton des Buches nichts weniger als lehrhaft, sondern es liest sich von der ersten bis zur letzten Seite wie eine unterhaltende Plauderei. Aber man soll es — diese Absicht betont Justi mit Recht nachdrücklich — vor den Gemälden selber lesen. Um dieses zu erleichtern und auch um dem Unbemittelten die Anschaffung zu ermöglichen, sind Sonderdrucke aus dem Inhalt des Führers hergestellt worden, kleine Hefte im Preise von 25 bis 40 Pfennigen, deren jedes die Reproduktion eines Gemäldes mit dem entsprechenden Text enthält. Wer eine Stunde in der Nationalgalerie oder im ehemaligen Kronprinzenpalais verweilt und mit Hilfe dieser Führer sich in zwei oder drei Gemälde vertieft, der wird mehr für seine künstlerische Aufnahme und Genußfähigkeit gewinnen, als ihm ein stundenlanger Besuch und ein oberflächliches Betrachten der ganzen Galerie geben kann. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf die mündlichen Führungen hinweisen, die Direktor Justi in der Nationalgalerie und im Kronprinzenpalais für die Mitglieder des Verbandes der freien Volksbühnen veranstaltet. Sie finden vom 4. Januar ab an jedem Sonntag vormittag ½10—½11 Uhr statt. Teilnehmerkarten sind in der Geschäftsstelle der Volksbühnen, Linienstr. 227 (9 bis 5 Uhr) zum Preise von 50 Pf. für die einzelne Führung, 2 M. für eine zusammenhängende Serie von vier Führungen zu haben.

Dr. John Schikowski.

Kartoffelseinfuhr und Kartoffelkrebs. In letzter Zeit sind vom Ausland Kartoffeln in großer Menge nach Deutschland eingeführt worden. Da dort, und vor allem in Großbritannien, der Kartoffelkrebs weiterverbreitet ist, liegt, wie Prof. Dr. Otto Appel in einem Flugblatt der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem ausführt, die Gefahr nahe, daß krebskranke Kartoffeln mit eingeführt werden. Eine Aufklärung über die Krebskrankheit der Kartoffel erscheint deshalb im jetzigen Zeitpunkt besonders geboten. Krebskranke Kartoffeln sind daran kenntlich, daß sie kleinere sogenannte badeschwamm- oder blumenkohlähnliche Auswüchse aufweisen. Die Ursache der Krankheit ist ein Pilz Chrysophlictis endobiotica. Schild, dessen Dauerformen man in den Wucherungen zahlreich als mehr oder weniger runde, goldgelbe Kugeln findet. Durch den Zerfall des Gewebes kommen sie in den Boden, und hier schlüpfen im Frühjahr und Sommer, wenn genügende Feuchtigkeit vorhanden ist, aus ihnen zahlreiche bewegliche Schwärmsporen aus, die in das junge Gewebe der Kartoffelpflanze einzudringen vermögen. Da zurzeit der Ernte bereits ein großer Teil der Wucherungen zerfallen ist, so bleiben massenhafte Ansteckungskeime im Boden zurück. Dadurch wird ein Feld, auf dem die Kartoffeln krebskrank waren, auf Jahre hinaus verseucht. Bei häufiger Wiederholung des Anbaues von Kartoffeln wird im Laufe einiger Jahre der Boden so sehr mit Pilzkeimen angereichert, daß überhaupt keine Ernte mehr erzielt werden kann. Die Uebertragung des Pilzes auf noch unbefallene Flächen erfolgt hauptsächlich durch kranke Pflanzkartoffeln.

Nach den neuesten Untersuchungen, über die Prof. Dr. E. Werth in den diesjährigen Mitteilungen der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft berichtet, sind manche Kartoffelsorten der Krankheit gegenüber widerstandsfähig. Freilich sind alle die Gründe, die bisher dafür angegeben wurden, nicht stichhaltig. So ist z. B. die weiterverbreitete Ansicht irrig, daß frühe Sorten weniger befallen werden, als späte oder die Angabe, daß vorliegend weißblühende Sorten krebsfest seien. Für die Verhütung der Krankheit ist deshalb das Hauptaugenmerk auf die Pflanzkartoffeln zu richten: alle Kartoffeln, die von verseuchten Feldern stammen, dürfen zur Aussaat nicht mehr verwendet werden. Eine genaue Untersuchung aller Kartoffelmengen, die vom Ausland zur Einfuhr gelangen, durch Fachleute erscheint deshalb dringend geboten.

Demian, Geschichte einer Jugend. In das Reich schicksalsgläubiger Unterworfenheit unter eine Vorbestimmung, an die Grenze des Mystischen führt Emil Sinclairs mit dem Fontanepreis ausgezeichneter Roman: „Demian". (S. Fischer, Verlag, Berlin.) Zwischen einer lichten und einer dunklen Welt, zwischen Verstandenem und Unverstandenem wird dieser junge Mensch hin- und hergeworfen und mußte doch den Weg gehen, der von Anfang an ihm vorgezeichnet lag. Ein Gott und ein Teufel scheinen um seine Seele zu ringen, aber Helfer werden ihm gesandt in Gestalt eines Freundes und einer Frau, die als Schutzengel und Führer im Zickzack seiner Entwickelung, die Keime seiner Seele zur Blüte entfalten. Diese sonderbar beobachtenden jungen Menschen, die jeder Regung ihrer Seele nachspüren, nach dem woher und wohin fragen, haben alle einen heimlichen Drang nach dem Göttlichen, Ueberirdischen und wie furchtsame Kinder flüchten sie sich gern in den Schoß der Mütterlichkeit. Die Frau, an die sie ihr Herz verlieren, ist immer vom Strahl der Mütterlichkeit gestreift. Ihre Sinne verblassen ästetisch unter dem Kuß ruhevoller Reinheit, der von jenen reifen, lebenserfahrenen, auf das Geläuterte gerichteten Frauen ausgeht. So fehlt auch bei Sinclairs Demian das Typische der Jugendgeschichten, Rausch, Ueberschwang, wie dies etwa in Hainezlevers „Der junge Mensch" schäumt, blüht und tobt. In diesen Selbstbeschauungsbüchern, die ebenfalls am Ende zu einer Erleuchtung führen, tanzen die Sinne nicht, sie knien, man jubelt nicht, man betet an, sie warten auf den Kuß des Schicksals und erkennen am Ende, daß all' ihre Wege von dem dunklen Schicksal vorgezeichnet waren. Sinclairs Buch ist ein denkerisches Buch im besten Sinne, es setzt sich mit den Traditionen zeitlicher und ewiger Begriffe klar und logisch auseinander und stellt sich kühn und mutig auf die Seite der Leute mit dem „Zeichen an der Stirn", die ihm, gleich Kain, heldenhafter dünken, als die glatten fabelhaften Normalmenschen. Sinclairs junger Mensch operiert viel mit Träumen, Hellsehen und Hellfühlen, er ist der neue Typ, der den Diesseits- und Jenseitsmenschen in sich vereinigt, der mit den Sternen zusammenhängt, und doch die liebe Erde kindhaft liebt. Im allerersten Sinne ein reines, keusches Buch, obwohl es sich nicht scheut, den unreinen Dingen ins Gesicht zu sehen und sie mit anatomischen Händen anzufassen.

J. B.

Musik. Am 4. Januar, abends 7½ Uhr, Blüthnersaal, Tschaikowsky-Abend des Blüthner-Orchesters. Als Solisten wirken mit: Rose Walter (Sopran) und Hilde Ellger (Alt). Dirigent: Paul Scheinpflug.

Die Dichtungen Heinrich Lautensacks. Das am 5. Januar im Kleinen Theater zur Uraufführung gelangende Lautensack-Werk „Pfarrhauskomödie" erscheint als Buch im Verlag Fritz Gurlitt, wo mit dem gesamten Nachlaß des Dichters auch dessen in Kürze auf zahlreichen Bühnen zur Aufführung gelangende Werke: „Das Gelübde" und „Hahnenkampf" herauskommen.

Die Weltanschauung der neueren Physik. Ueber dieses Thema spricht unser Mitarbeiter Dr. B. Engelhardt in einer fünfstündigen Vortragsreihe Montags 8—½10 Uhr abends Georgenstraße 30/31. Er wird vor allem das Gesetz von der Erhaltung der Energie und die Relativitätstheorie behandeln. Beginn 19. Januar.

„revolutionären" Titel, als Grundlage für internationalen Zusammenschluß festhält.

Diese Grundlage ist der Kommunismus.

Die entscheidende Frage, die aufgerollt ist, ist daher die Frage: wie stellen sich die angerufenen Parteien zum Programm, zur Taktik des Kommunismus? Die organisatorischen Fragen sind davon abhängig

d. h. auf deutsch: Die Kommunisten „verständigen" sich nur, wenn die übrigen ihr Programm mit Haut und Haaren schlucken. Sie bereiten bereits eine Gegenaktion gegen die von den Unabhängigen geplante Besprechung vor. Wie die „Rote Fahne" mitteilt, trifft die dritte Internationale ihrerseits Vorkehrungen zu einem eigenen internationalen Kongreß, „dessen Hauptaufgabe der Ausbau einer taktischen Plattform sein wird, die die Erfahrungen eines weiteren Jahres der Revolution und ihres Uebergreifens auf Mittel- und Westeuropa auswerten wird".

Die starre und zuversichtliche Haltung der Kommunisten wird offenbar dadurch bestärkt, daß immer größere Teile der U. S. P. ins kommunistische Lager abwandern. Ein charakteristisches Beispiel: In dem besonders radikalen Gotha haben die Unabhängigen bei der Bürgermeisterwahl eine vernichtende Niederlage erlitten. Ihr Kandidat Dr. F. Geyer-Leipzig unterlag mit nur 5963 Stimmen gegen 11 168 Stimmen, die auf einen bürgerlichen Kandidaten entfielen. In seiner Wahlbetrachtung schlägt nun das Gothaer unabhängige Parteiorgan sehr bezeichnende Töne an. Es schreibt:

„Nun werden die Gegner große Siegeshymnen anstimmen und ziemlich viel buntes Zeug über die U. S. P. zusammenfaseln. Dieses Vergnügen sei ihnen herzlich gegönnt. Wir Arbeiter wissen ja nur zu bestimmt, daß die Wahlkämpfe in kommenden Zeiten zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft **nicht mit Stimmzetteln in der Hand geführt werden**, sondern dabei wird die Arbeiterschaft **zu anderen Waffen greifen** und diese **zu führen wissen.**"

Das ist selbst der gewiß nicht gemäßigten Leipziger „Volkszeitung" zu viel, die sich mit folgenden Worten entrüstet:

Was sind das für andere Waffen, die die Arbeiterschaft bei den Wahlkämpfen in kommenden Zeiten ergreifen wird? Was soll diese Drohung? Es scheint, daß es in Gotha nötig wird, einmal nachzusehen, **ob dort noch Sozialdemokraten im Namen der Partei die Zeitung leiten und die Parteigeschäfte besorgen.**"

Darauf ist der Leipziger „Volkszeitung" zu erwidern: Sozialdemokraten sind die Unabhängigen samt und sonders nicht mehr, seitdem sie in Leipzig feierlich die Demokratie abgeschworen haben. Richtig ist allerdings, daß ein großer Teil von ihnen ganz unverhüllte Kommunisten sind.

Der alte Irrtum.

Aus der Fülle der täglich eingehenden Gefangenenbriefe die — einem überaus begreiflichen Wunsche der Angehörigen folgend — auch nur zu einem geringen Bruchteil zu veröffentlichen aus Raummangelgründen unmöglich ist, gewinnt man mit der Zeit trotz der natürlichen Verschiedenheiten in Form und Inhalt einen ziemlichen einheitlichen Eindruck. Daß die Klagen, die in bewegter Form von den Gefangenen vorgebracht werden, einigermaßen einander ähnlich sehen, ist ganz natürlich, denn sie sind Auslösungen gleicher Ursachen: sie bedeuten ein Aufbäumen gegen das unerträglich harte Los der Gefangenschaft.

Darüber hinaus aber findet sich in der übergroßen Mehrzahl der Briefe ein Merkmal, das mit der Zeit geradezu als Charakteristikum von Gefangenenbriefen angesehen werden kann: heftige Angriffe gegen die deutsche Regierung nämlich; Angriffe, die sich bis zu dem Vorwurf, die Regierung habe die Gefangenen beim Friedensschluß verkauft, verdichten. Auch diese Stimmung ist seitens der Gefangenen vollkommen verständlich. Sie sehen, daß alle Unternehmungen, sie zu befreien, bisher im wesentlichen gescheitert sind, und führen dies irrtümlich weniger auf den bösen Willen Frankreichs, als den der deutschen Regierung zurück. Diese innerliche Voreingenommenheit nun hat von zwei Seiten lebhafte Unterstützung gefunden, von französischer nämlich und — so unglaublich es auch klingt — von deutscher Seite. Daß in der Ententepresse wiederholt geäußert wurde, die deutsche Regierung wolle die Gefangenen nicht zurückhaben, ist eine jener üblen Kriegslisten, wie sie auch heute noch in den militaristischen Ländern der Entente beliebt und an der Tagesordnung sind. Braucht nun die Erbitterung der Gefangenen wunderzunehmen, wenn sie die gleiche Behauptung in deutschen Blättern lesen?

In der letzten Zeit allerdings ist in der alldeutschen Presse — und um diese handelt es sich natürlich ausschließlich — in den maßlosen Angriffen und Verleumdungen gegen die deutsche Regierung ein wenig Zurückhaltung geübt worden, allerdings wohl nicht aus Gründen der Moral und des politischen Anstandes, als vielmehr aus Furcht vor der Verantwortung jener Lügen. Es soll aber jener Presse nicht vergessen werden, was sie noch bis vor einigen Wochen in dieser Beziehung gesündigt, und wie gerade sie am meisten dazu beigetragen hat, die verzweifelte Stimmung unserer Kriegsgefangenen durch bösartige Verleumdungen ihrer eigenen Volksgenossen noch verbitterter zu machen. Hieran muß von Zeit zu Zeit erinnert werden, dann wird auch der Irrtum der Gefangenen allmählich sich klären, und sie werden bei ihrer Rückkehr widerstandsfähiger gegen die lockenden Werbeversuche sein, die man ihnen von nationalistischer Seite entgegenbringen wird.

Der General als Zigarettenverkäufer.

Daß der Chef der französischen Militärmission in Berlin, General Dupont nicht nur in Berlin selber, sondern auch nach Paris eine energische Sprache zu führen beliebt, geht aus folgender Geschichte hervor, für die sich ein Franzose verbürgt.

In einem soeben erschienenen Buch, in dem ein Mitglied der französischen Militärmission in Berlin seine Erlebnisse schildert, wird nämlich mitgeteilt:

General Dupont (der Chef der Mission) schreckt nicht vor seiner Verantwortlichkeit zurück. Die französischen Bureaus lieben es nicht, auf die Fragen zu antworten, die man ihnen stellt, und wenn sie darauf antworten, dann nehmen sie sich Zeit dazu. Die Bureaukraten haben es niemals eilig. Es trug sich zu daß die Kasse der Mission trocken lag und daß der General seine Offiziere nicht mehr bezahlen konnte. Die Reklamationen und Erinnerungen waren vergebens. Die Mission war bestürzt.

Da nahm der General seine schönste Feder und schrieb nach Paris:

„Senden Sie mir postwendend Geld, andernfalls schicke ich alle meine Leute nach Frankreich. Ich selbst werde auf meinem Posten bleiben solange ich nicht abberufen werde, und, um zu leben, werde ich an der Ecke der Linden und der Friedrichstraße Zigaretten verkaufen. Ich bin sicher, daß ich, in Galauniform eines französischen Generals genügend verdienen werde, um für meine bescheidenen Bedürfnisse aufkommen zu können ..."

Vor dieser Drohung ergab sich Herr Bureaukratismus ohne Verzug. ... Wenn's nicht wahr ist, so ist's doch nett erfunden.

Von Immen und Weiseln.

Der Alldeutsche Verband wirbt. Das ist nichts Neues und brauchte nicht von uns registriert zu werden. Auch nicht, wie er wirbt, mit Beschimpfungen, mit Lügen, mit Aufpeitschen derjenigen nationalen Leidenschaften, die uns so weit gebracht haben, wie wir heute sind. Wenn wir nun doch von seiner Werbung Notiz nehmen, so geschieht es lediglich, um unseren Lesern dasselbe Vergnügen zu gönnen, das wir hatten, als wir den Werbegesang vor Augen bekamen. Eine Strophe wenigstens sei den staunenden Hörern vorgeführt:

Ich sah ein Volk von Immen, das ohne Weisel fuhr
Und mit verworrenen Stimmen erfüllte Feld und Flur.
Nach allen Winden zogen sie ziellos kreuz und quer
Und hatten sich bald verflogen und fanden sich nimmermehr ...

Man sieht, daß der Alldeutsche Verband hauptsächlich auf Mitglieder aus den ländlichen Teilen Deutschlands rechnet, da er seine poetischen Vergleiche in einer Sprache führt, die nicht jedem Städter vertraut ist. Daß man eine Biene auch als Imme bezeichnet, dürfte der meisten zwar bekannt sein, nicht ganz so vertraut aber ist wohl der poetische Ausdruck Weisel für Bienenkönigin, den der Dichter wohl einem Liede Walthers von der Vogelweide entnommen hat. Nun wissens wir also: das deutsche Volk braucht einen Weisel. Ihn will der Alldeutsche Verband suchen helfen. Glück auf den Weg und ein engmaschiges Netz, damit er ihm, einmal gefangen, nicht von dannen fliegt!

Die Revolutionsbilanz der Kommunisten.

In einer öffentlichen Versammlung am Neujahrstage, die von der K. P. D. veranstaltet war, wurde eine Uebersicht über die Bilanz des ersten Revolutionsjahres gegeben, bei der natürlich die Sozialdemokratie sowie alles von ihr Geschaffene überaus schlecht davonkam. Der Referent Rasch gab erneut das Bekenntnis zum Antiparlamentarismus ab — was sagt dazu der parlamentarische Flügel der K. P. D.? — und äußerte die oft gehörte, von ökonomischem Verständnis unbeschwerte Ansicht, daß der Kampf auf der Straße ausgefochten werden müsse.

Auch die Gewerkschaften hätten natürlich versagt und müßten durch andere Organisationen ersetzt werden; kurz, es wurde in der üblichen geistlos verneinenden Art Kritik an allem Bestehenden und Nichtbestehenden geübt. Von Interesse allein war eine Aeußerung des Referenten, die, falls sie richtig wiedergegeben ist, für die Mitglieder der K. P. D. nicht sehr schmeichelhaft war. Der Redner sagte nämlich, im Proletariat habe sich eine Arbeiteraristokratie herausgebildet, die sich noch immer vorwiegend zur alten Sozialdemokratie bekenne. Falls die Kommunisten öfter solche Schmeicheleien von ihren Rednern hören, dürften sie alsbald die Lust an einem Radikalismus verlieren, der sich heute wie am Revolutionstage noch immer an einem öden Phrasenklingel erfreut.

Frechheit oder Faulheit?

Wir erhalten heute einen Brief von Herrn Dr. Mezin in **Genf,** der laut Poststempel **am 27. November 1915 in Genf aufgegeben** worden ist. Er ist geöffnet gewesen und durch drei Siegelmarken mit der Aufschrift: **Kaiserlich Deutsche Oberpostdirektion Berlin"** wieder verschlossen. Weiter enthält er einen vorgedruckten Zettel mit folgender Aufschrift in deutscher und französischer Sprache: „Aus Anlaß des Krieges in Deutschland zurückgehalten".

Wir wollen nicht mehr untersuchen, mit welchem Recht die **Kaiserliche** Oberpostdirektion seinerzeit die Briefe weder an den Absender zurückgab noch an uns aushändigte (der Inhalt des Briefes läßt keinen Grund dafür vermuten); wir fragen nur, was die **Republikanische** Oberpostdirektion Berlin veranlaßt hat, diesen Brief, wie sehr viele andere, noch vierzehn Monate lang nach der Revolution zurückzuhalten.

Ein deutscher Mann kann keinen Juden leiden, doch mit den Damen tanzt er gern. Aus Stargard i. P. wird folgendes mitgeteilt: Herr W. W. Ulmenried-Naujek, Hauptschriftleiter der antisemitischen „Stargarder Zeitung", ein Mann, der keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um Juden und Judentum zu beschimpfen, hatte unlängst die ungeheure Dreistigkeit, in eine geschlossene jüdische Gesellschaft einzudringen, um dort mit jüdischen Damen zu tanzen. Aber die jüdische Gesellschaft hatte für solche Gunstbezeugung kein Verständnis und wies Herrn W. W. Ulmenried-Naujek aus dem Saal. Als ihm bei dieser Gelegenheit sein antisemitisches Geschreibsel vorgehalten wurde, stammelte er zu seiner Entschuldigung, daß er doch dafür bezahlt werde und daher nicht anders könne. Also wieder einer, für den der Antisemitismus nur Geschäft ist, der sich aber sonst in jüdischer Gesellschaft ganz wohl fühlt.

Groß-Berlin

Vater und Sohn ermordet.

In der heutigen Nacht wurden der Gastwirt Kraatz und dessen Sohn aus Küppern im Gubener Landkreise unweit ihres Grundstückes erdolcht aufgefunden. Die Täter sind drei Russen, die in der Gastwirtschaft gezecht hatten und dann über den alten Kraatz herfielen, dem sein Sohn zu Hilfe kam. Vater und Sohn erhielten mehrere Messerstiche, sie versuchten dann den Fliehenden nachzusetzen und sanken wahrscheinlich vor Entkräftung auf der Landstraße um, wo sie später von den Russen ermordet wurden. Die Leiche des Vaters wurde im Chausseegraben, die des Sohnes in der Pfütze gefunden. Den Tätern ist es wahrscheinlich auf die Beute angekommen. Man fand in der Gaststube zerrissene Geldscheine. Die Täter begaben sich zu der Bahnstation Amtitz, dort löste einer der drei Verbrecher die Fahrkarten nach Frankfurt a. O. und bezahlte mit einem Fünfmarkschein.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Das Pflegegeld für Waisenkinder und Fürsorgezöglinge, die von der Stadt Berlin in Familienpflege gegeben werden, ist jetzt wiederum erhöht worden. Seit Ausbruch des Krieges mußten infolge der andauernden Steigerung der Lebensmittelpreise im ganzen fünfmal Erhöhungen des Pflegegeldes bewilligt werden, zum 1. Oktober 1915, 1. Januar 1917, 1. Januar 1918, 1. Januar 1919 und zum 1. Januar 1920. Fortan wird das monatliche Pflegegeld betragen für Säuglinge 72 M., für 1- bis 2jährige Kinder 84 M., für 2—3jährige 86 M., für 3—6jährige 80 M., für 6—10jährige 86 M., für 10—14jährige 80 M. Bisher wurde vom 6. Lebensjahr an für die Mädchen ein geringeres Pflegegeld als für die Knaben gegeben, bei der neuesten Erhöhung aber sind diese Unterschiede beseitigt worden. Die Abstufung des Pflegegeldes nach dem Alter ist seit langem üblich. Der Betrag sinkt vom 1. bis zum 6. Lebensjahr, weil die Mühe der Pflege geringer wird. Mit Beginn der Schulpflicht tritt eine Erhöhung des Pflegegeldes ein, die zur Befriedigung des stärker werdenden Nahrungsbedarfs unentbehrlich ist. Wundern muß man sich, daß auch an dem Brauch, nach dem zehnten Lebensjahr das Pflegegeld wieder einzuschränken, immer noch festgehalten wird. Von da ab „bezahlt" die Waisenverwaltung den Pflegeeltern ihre Mühe zum Teil mit dem Vorteil, den sie dann schon von der Arbeitskraft der Kinder haben. Darum finden sich auch Pflegeeltern genug, die selbst für den geringeren Betrag die Kinder bis zum 14. Lebensjahr aufnehmen. In der Einschränkung des Pflegegeldes dieser älteren Kinder liegt für manche Pflegeeltern eine starke Versuchung, die Kinder durch übertriebene Heranziehung zu Arbeiten in der Hauswirtschaft rücksichtslos auszunutzen.

Eine Roheit. In der Wilhelmstraße, an der Straßenbahnhaltestelle vor dem Hause 107, wurde Donnerstag abend der Kaufmann Johannes Geiroud aus Tempelhof in bewußtlosem Zustande aufgefunden und nach der Rettungswache in der Kronenstraße gebracht, wo der Arzt eine Ausrenkung des rechten Armes feststellte. Mit Hilfe des anwesenden Samariterpersonals wurde die Schulter wieder eingerenkt und Geiroud konnte sich dann heimbegeben. Nach den angestellten Ermittlungen und Zeugenaussagen hat ein Straßenbahnschaffner der Linie 78 den Kaufmann, als er den Wagen bestieg, vom Trittbrett hinabgestoßen, so daß Geiroud zu Boden stürzte und die Armverletzung davontrug.

Im Streit erschossen wurde der Schneidermeister Johann Heinrich aus der Brandenburgischen Straße 78 in Wilmersdorf. H. war mit seinem Neffen, dem Postaushelfer Dornbusch in einen heftigen Wortwechsel geraten, der schließlich in Tätigkeiten ausartete. Dabei zog plötzlich der Schneidermeister ein Messer und versetzte seinem Gegner einen Stich in den linken Unterarm. Nun griff der Neffe zur Schußwaffe und gab einen Schuß auf seinen Onkel ab. Die Kugel traf Heinrich in den Unterleib und verletzte ihn so schwer, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus an den Folgen der Schußwunde starb. Dornbusch wurde festgenommen.

Von ihrem Theatermeister schwer bestohlen wurde die Schauspielerin Edith Beinert-Lederreich, die mit einer kleinen Truppe Gastvorstellungen gibt. Die Dame stand im Begriff, nach Gardelegen zu fahren. Sie schickte vier große, fünf Zentner schwere Koffer mit einer Droschke nach dem Schlesischen Bahnhof. Ihr Theatermeister Karl Wager begleitete den Kutscher und gab das Gepäck auf dem Bahnhof ab. Eine halbe Stunde später begab sich Wager wieder nach dem Bahnhof ließ sich das ganze Gepäck herausgeben und verschwand damit.

Selbstmordversuch eines Liebespaares. In einer Pension in der Schellingstraße versuchten der Leutnant S. und seine Begleiterin sich durch Gift das Leben zu nehmen. Sie wurden schwerkrank nach der Rettungswache in der Eichhornstraße gebracht; von dort wurde für Ueberführung in ein Krankenhaus gesorgt.

Christian Schulze, einer jener Alten, die unter den schwersten Zeiten der Partei ihre Pflicht erfüllt, ist im Alter von 71 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben.

Von Beruf Droschkenkutscher hat Christian Schulze bereits in den siebenziger Jahren für die Partei gewirkt. Später, im Jahre 1900, erwarb er die Gastwirtschaft in der Blumenstraße 38, eins der ältesten Parteilokale, in dem auch zahlreiche Gewerkschaften ihre Zahlstellen hatten. Den Möbelpolierern, deren Arbeitsnachweis sich dort befand, wird Christian Schulze besonders in Erinnerung sein. Späteres wirtschaftliches Mißgeschick zwang den alten Kämpen, wieder den Kutscherbock einzunehmen, auf dem er sich in stürmischem Wetter eine schwere Krankheit und den nunmehr eingetretenen Tod zuzog. Mit ihm ist ein prächtiger Mensch dahingegangen, edel im Charakter und treu seiner Parteianschauung.

Ueber Art und Zeit der Beerdigung wird den Parteigenossen und Lesern des „Vorwärts" im Inseratenteil des „Vorwärts" Mitteilung gemacht werden.

Der Presseball, der erste wieder nach sechsjähriger, durch den Krieg gebotener Pause, findet am 31. Januar in den Festräumen des Zoologischen Gartens statt.

Niederbarnim. Laut Beschluß des Kreistags vom 15. November ist ein Kreisausschußkommissariat von 3 Mitgliedern, welches paritätisch zusammengesetzt ist ernannt. Als Sekretär für die S.P.D.-Fraktion ist der Genosse Paul Voigt gewählt. Alle Beschwerden sind bei diesem Kreisausschußkommissariat, Landratsamt Niederbarnim, Berlin, Friedrich-Karl-Ufer 5, schriftlich oder mündlich anzubringen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Hermsdorf. 150 Gramm Teigwaren (80), 250 Gramm Maismehl (90), 1 Pfund Hafermehl (18). Für Kinder bis zu 14 Jahren 2 Päckchen Milchsüßspeisen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

26.—22. Abt. Konferenz sämtlicher Parteifunktionäre Sonntag, vorm. 9½ Uhr, im Lokale Heubeck, Schönhauser Allee 65.

Neukölln. Sonnabend 7 Uhr, II. Mädchen-Mittelschule, Elternversammlung, Turnhalle Richardstraße: Aufstellung der Kandidaten.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. Sitzung Sonnabend, nachm. 4 Uhr, Zimmer 4 u. 5, Lehrervereinshaus, Alexanderplatz. Tagesordnung: Wahl der Bezirkslehrerkammer für die Stadt Berlin. Das 9. Schuljahr. Der soz. Lehrer und der A. R.

Jugendveranstaltungen.

Abt. Moabit. Die heutige Veranstaltung fällt aus, nächste 5. Januar.

Abt. Nordost. Die heutige Veranstaltung fällt aus, nächste wird bekanntgegeben.

Soziales.

In einem Notschrei der Arbeitsinvaliden und Armenrentner an die Volksvertretungen, Regierungen, Gemeinden, Parteien, Gewerkschaften, wie alle Männer und Frauen wird von den Vertretern der Organisationen der Arbeitsinvaliden, Zivilrentenempfänger und Erwerbsunfähigen Deutschlands die verzweifelte Lage dieser Aermsten der Armen geschildert. Die staatliche wie gemeindliche Fürsorge, wie sie für die gesunden Erwerbslosen, die Kriegsbeschädigten usw. besteht, habe gegenüber den Arbeitsinvaliden und Armenrentnern fast völlig versagt. In dem Aufruf heißt es:

„Unterstützungen und Richtsätze von 5, 6, 8 und 10 Mk. die Woche gelten als ausreichend, sie bedeuten ein fortdauerndes Martyrium, Hungern, Darben und vorzeitigen Untergang.

Angesichts des kommenden Winters ohne Kohlen und inmitten einer Teuerungskrisis ohnegleichen erheben wir öffentlich unseren Ruf um Hilfe, um sofortige staatliche und gemeindliche Hilfsaktionen, wenn nicht viele Tausende unserer Leidensgenossen elend zugrunde gehen sollen.

Bereits am 31. Mai dieses Jahres ist die Reichsregierung in einer beantragten Besprechung durch Ueberreichung unserer Forderungen auf unsere schreiende Notlage hingewiesen worden. Die einzigen Hilfsmaßnahmen seitdem war die Gewährung einer monatlichen Teuerungszulage von 12 und 6 Mk. auf die Invaliden-, Alters- und Witwenrenten und 12 Mk. auf die mehr als ⅔ Unfallbeschädigten. Wir erwarten auf das dringendste baldige durchgreifende gesetzliche Maßnahmen zur Abstellung unseres wirtschaftlichen Elends unter Mitarbeit unserer Organisationen."

Gewerkschaftsbewegung

Die Frankfurter Eisenbahner zur Tarifbewegung.

Eine am Mittwoch abgehaltene stark besuchte Versammlung von Vertrauensmännern der Eisenbahnbetriebswerkstätten und Arbeiter Groß-Frankfurts nahm Stellung zu den Tarifverhandlungen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", der wir den Bericht entnehmen, vermerkt sogar, daß die Versammlung dem Zentralvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wegen widerspruchsvoller und unentschiedener Haltung bei diesen Verhandlungen ein starkes Mißtrauensvotum ausgesprochen habe. Gefordert wurde die unverzügliche Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes. Mit der vorläufigen Regelung der tariflichen Lohnsätze ab 1. Januar 1920 erklärten sich die Vertrauensleute nicht einverstanden, da diese Sätze der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ganz und gar nicht entsprächen. Das mindeste, was gewährt werden müsse, seien die Sätze, die der Tarifvertragsentwurf vorgesehen habe; sie seien ohnehin schon durch die Verhältnisse längst überholt.

Die Versammlung nahm weiter Kenntnis von einer durch den „Vorwärts" verbreiteten Meldung, daß „gewissenlose Hetzer wieder am Werke seien, die Eisenbahnerbewegung in politisches Fahrwasser überzuleiten". Die Versammlung protestierte in erster Linie deshalb dagegen, weil diese Nachricht durch den Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes verbreitet worden sei. Bei der jetzigen Bewegung könne von politischen Motiven keine Rede sein, vielmehr seien wirtschaftliche Ursachen die Triebfeder. Die Eisenbahner seien infolge der Unterernährung körperlich und seelisch derart zusammengebrochen, daß es ihnen beim besten Willen nicht möglich sei, in vollem Umfang ihre Arbeit zu verrichten. Sie könnten vielmehr bis zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage nur soviel arbeiten, als dies die für den Eisenbahnbetrieb geltenden Bestimmungen, die streng beobachtet werden müßten, zuließen.

Ein Streik sei augenblicklich unzweckmäßig und nicht zu empfehlen. Die Eisenbahner seien aber entschlossen, auch zum letzten Mittel zu greifen und davon Gebrauch zu machen, falls die Regierung, bzw. die Verwaltung auf ihrem wenig entgegenkommenden Standpunkt in der Frage der Lohnerhöhung beharre.

Kampf um den Reichstarif.

Der Vorstand des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter hat, gestützt auf Beschlüsse des Verbandstages und der Gauleiterkonferenz, einen Reichstarif mit den Unternehmern im Buchdruckgewerbe vereinbart und dadurch dem Verlangen eines sehr großen Teils der Mitglieder Rechnung getragen. Der politisch-radikale Teil der Berliner Mitgliedschaft bekämpft dagegen den Abschluß des Reichstarifs in schärfster Weise.

Zwei stark besuchte Mitgliederversammlungen, deren letzte am 1. Januar in der Bockbrauerei stattfand, diskutierten über diese Angelegenheit. Die Redner der Opposition griffen den Verbandsvorstand heftig an, weil er den Tarif abgeschlossen habe, ohne die Mitglieder zu befragen. Es wurde auch behauptet, der Reichstarif bringe für Berlin eine Verschlechterung im Arbeitsverhältnis. Dieser Behauptung traten die Teilnehmer an den Tarifverhandlungen entgegen. Sie wiesen an der Hand der Tarifbestimmungen nach, daß nur eine irrige Auslegung derselben Anlaß geben könne zu der Befürchtung, die Lage der Berliner Mitglieder würde durch den Tarif ungünstig beeinflußt. Von einer Verschlechterung könne gar keine Rede sein.

Die Wortführer der Opposition ließen sich durch diesen Nachweis aber nicht beeinflussen. Sie würden den Abschluß eines Reichstarifs, auch wenn er die denkbar günstigsten Bedingungen gebracht hätte, grundsätzlich bekämpft haben, denn der Tarifgedanke wird ja von den Anhängern des Rätesystems prinzipiell verworfen. Die Ausführungen der Oppositionsredner fanden ihren Niederschlag in einer Resolution Moritz, die schärfste Entrüstung gegen den Verbandsvorstand ausspricht, den Reichstarif ablehnt, den Rücktritt des Verbandsvorsitzenden und des Verbandskassierers verlangt, und um diesen zu erzwingen, den Austritt der Berliner Mitgliedschaft aus dem Zentralverband fordert.

Die Resolution wurde jedoch erledigt durch die Annahme einer anderen Resolution, die dem Verbandsvorstand und den Gauleitern wegen des ohne Befragung der Mitglieder vollzogenen Tarifabschlusses ein Mißtrauensvotum erteilt und nochmalige Verhandlungen mit den Berliner Arbeitgebern verlangt, damit die von den Rednern der Opposition befürchteten Verschlechterungen vermieden werden.

150 Proz. Teuerungszulagen.

Das Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes (Bitterfelder Beamtenausschuß) nahm in einer außerordentlichen Versammlung zu dem Beschluß der Reichs- und Staatsregierung wegen Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen um 50 Proz. Stellung. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, folgende Entschließung der Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes sowie Abschriften davon an die Reichs- und Staatsregierungen zu senden:

Die versammelte Beamtenschaft des Ortskartells Bitterfeld legt gegen den Beschluß der Regierung, die laufenden Teuerungszulagen um 50 Proz. zu erhöhen, den schärfsten Protest ein. Entgegen allen gewerkschaftlichen Grundsätzen hat es die Regierung unterlassen, mit dem Deutschen Beamtenbund über die Höhe der Zulage zu verhandeln. Die Beamtenschaft des Ortskartells Bitterfeld hält an einer 150prozentigen Erhöhung als Mindestforderung fest und beauftragt den Deutschen Beamtenbund, mit der Regierung sofort in Verhandlung wegen Erfüllung der Forderung zu treten. Von der Bundesleitung erwartet sie, daß sie zur Erreichung des Zieles vor keinem Mittel zurückschreckt, auch nicht vor dem des Streiks, wenn alle anderen Mittel versagen.

Die Erwerbslosenunterstützung im Zimmererverband.

Am 1. Januar 1920 sind nach dem Beschluß des letzten Verbandstages die neuen Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung in Kraft getreten.

Mitglieder, die schon vor dem 1. Januar erwerbslos waren, erhalten die Unterstützung bis zum 31. Dezember nach den alten, ab 1. Januar nach den neuen Sätzen.

Unterstützung an erwerbslose Kranke wird erst vom 1. Januar an bezahlt. Sie kann gleich von dem Tage an bezahlt werden an solche Mitglieder, die vor dem 1. Januar schon mehr als 6 Arbeitstage erwerbslos krank waren, also die vorgeschriebene Wartezeit durchgemacht haben. Die Krankheit muß aber durch Krankenschein nachgewiesen werden.

Die nach dem 1. März 1906 geleisteten Beiträge kommen in der Gesamtzahl zur Anrechnung. Militärzeit (aktive Dienstpflicht und Heeresdienst während des Krieges) gilt nicht als Beitragszeit. Neben der Gesamtzahl ist die Mehrzahl der neuen Beiträge entscheidend für die Höhe der Unterstützung.

Die innerhalb 50 Wochen vorher bezogene Unterstützung ist auf den neuen Gesamtanspruch nach Zahl der Tage in Anrechnung zu bringen.

Sämtliche Angestellte der Eisenkonstruktionsbetriebe, Fachgruppe 12, versammeln sich am heutigen Freitag, abends 7½ Uhr, im „Korinthischen Hof", Invalidenstraße 126. Tagesordnung: Tarif.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr in der Stadthalle, Klosterstr. 50: Vortrag der Frau M. Krische: Freiheitliche Schulreform. — Harmonium: Cavalleria rusticana (Mascagni). Gäste willkommen. — Mittwoch abend 8 Uhr bei Weise, Sebastianstr. 39: Mitgliederversammlung. — **Vereinigung soz. Lehrer und Lehrerinnen.** Sonnabend 8 Uhr Versammlung Sophien-Säle, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — **Der Stenographenverein Stolze-Schrey** eröffnet am 6. Januar C. Riehmwallstraße 12, in der Friedrich-Werderschen Oberrealschule einen neuen Lehrgang für Damen, Herren und Schüler ohne Vorkenntnisse. Außerdem beginnt am 9. Januar ebenda ein Lehrgang in der Debattenschrift. Unterrichtszeit 7½ bis 9½ Uhr abends. — **Freier Wanderbund.** Sonntag 1. Bernau—Hellsee—Bernau; Abfahrt: Stett. Vorortbhf 6.40 früh. 2. Führung durch die Gewächshäuser des Botanischen Gartens, Dahlem; Treffpunkt 1 Uhr nachm. Bahnhof Steglitz.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.

Ein Freudentag ist der Waschtag

mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebigs" Dampf-Wasch-Automaten, der dauernd Arbeitszeit, Arbeitslohn, Seife und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung. Größte Schonung der Wäsche. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequeme Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe. Näh. d. Preisl. V. m. Anbau gratis Zinkwaschgefäße zu Fabrikpreisen. „Liebigs" Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale.
Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 27a.

Seit 1877
KUHLA-PIANOS
Verkauf direkt ab Fabrik-Magazin:
N 31, Wallstr. 17-18

Platin-Linke! Platin!
Platin-Zähne nicht unter 10 M.,
Gold, Silber, Edelmetalle kauft Platin-Großhandlung
Emma Linke, Berlin, Blücherstr. 40, vorn II, früher Invalidenstr. u. unter dem Namen Robert Linke, genannt Platin-Linke. Gegründet 1890.

SPIRITUS-SPARLICHT
MARLA ohne 1 Liter brennt
8	16	32	64	STUNDEN
180	60	35	15	KERZEN
124.25	101.65	63.38	67.65	MARK

Nachnahme ❧ Beschreibung kostenlos
Gebr. Lauterbach, Berlin SO 16, Oranienstr. 183

Ankauf von
Uhren,
Perlen, Brillanten.
Höchste Preise.
G. Schliephacke,
Friedrichstr. 210, Ecke Kochstr.

Wenn Sie den höchsten Preis für
Platin!
und alte Zahngebisse erzielen wollen, wenden Sie sich an die „Metallschmelz-Zentrale" Neanderstraße 16, oder rufen Sie Fernruf Moritzpl. 667 an.

Zähne 3 Mark! 5.— Mark
mit echtem
Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5 jähr. schriftlicher Garantie.
Zahnziehen mit örtlicher Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!
Kronen von 30 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.
Zahnpraxis Danziger Straße 1 Hatvani
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9—12, 3—7, Sonntags u. Feiertags 9—12
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Pl.-Zähne nicht unt. 8 M.
Alte Gebisse, Goldsachen, Silbersachen, Gold- und Silbermünzen, Platina kauft Frau Knuth, Zionskirchstr. 34, v. II 140/20c*

Pianos
erstklassige neue und gebrauchte, Flügel und Harmoniums, en gros — Export.
MAX BECKER
Innehaus Osten, Andreasstr. 47

Elektro-Motore
Leitungs-Dynamo-Drähte, Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum. (Ker. 4782). Kruge Str. 18 (Mor.-Pl.).

Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach pers. z. sprechen Potsdamer Str. 113 (Lützowstr.) Langjähr. Erfahr. Zuverläss. Rechtsbeistand in Ehe-, Alimenten- u. Vertragsrechtsach., Gesuche, Verträge, Ermittelungen. — Beobachtungen. Tel. Lützow 7464

Rechtsbeistand
Dresdener Str. 111 Aufgang 2. Ällerschiddige Prozeßführ. Alimenten-, Ehescheidungs-, Strafsachen, Verband, Ermittelungen.

Spezial-Behandlung Kühn Praxis seit 1901
Andreasstr. 75, I Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhf. Sprechz. 10—12, 5—7, Sonnt. geschlossen
Harn- und Blutuntersuchungen.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache, höchste Ankaufspreise für Brandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 II, Ecke Kochstr.

Verkäufe

Jackettanzüge, Ulster, nur prima Stoffe, Maßarbeit, verkauft preiswert Leihhaus Weinmeisterstraße 108.

Wintermäntel 35.—, 55.—, Pelzschaller 65.—, Trodtverkaufen, Ledermäntel, Gummimäntel, Winterkostüme 75.—. Kallweit, Charlottenburg, Bismarckstraße 90 II.

Gelegenheitskauf. Glanzleder verkaufe infolge günstigen Einkaufs von 150 bis 1200 Mark. Gerade Füchse, die große Mode, in allen erdenklichen Fellarten von 75 bis 575 Mark. Ein sehr großer Posten inkl. Pelzmuffe und Pelzkolliers, dazu die passenden Muffen von 25 M. Herren-, Sport-, Burschen- und Knabenulsterkragen von 15 bis 150 Mark. Kindergarnituren, weiß, farbig, von 25 Mark. Pelzdecken und Felle spottbillig. Seal, Elektrisch und Biberrattgarnituren, für junge Mädchen passend, in jeder Preislage. Sturmkragen in allen Fellarten von 25—150 Mark. Umänderungen werden prompt und billig ausgeführt. — Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen. Pluton Pelzvertrieb, Berlin-Charlottenburg, nur Leibnizstr. 40 (kein Laden). Gegründet 1910.

Kreuzfüchse, Alaska-Blaufüchse, prima, von 90—285.— Gelegenheit in Skunks, Marder, Herren-Gehpelzen, Sportpelzen, Wagenpelzen. — Großer Posten Herrenanzüge, Paletots, von 85—250.— hochelegant. Gelegenheit in Damenwintermänteln, Plüschmänteln, Ulsterdamenmänteln, Pelzmänteln. — Ferner im Pfandbuch verfallene Uhren, Ringe, Brillanten, silberne Taschenuhren unter Taxpreisen im Leihhaus Moritzplatz 58a. 1172*

Leihhaus Rosenthalerstr., Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe, kaufen Sie allerbilligst Pelzkragen, Muffen, Skunks, Rotfüchse, Alaska, Kreuzfüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Schmucksachen, Silbersachen, Alpakasachen, Herrengarderobe. 1333*

Vorwärts-Nummern vom September 1915 bis Mai 1919 verkauft, H. Fesl, Berlin N. 24, Auguststraße 61, neben Gesundbrunnen 111. 470

Pelzwaren, enorm billig, jedes Stück ein Gelegenheitskauf. Kreuzfüchse, bildschöne, frische Verarbeitung, 95 M. Zobelfüchse, bildschöne, frische Verarbeitung, 98 M. Alaskafüchse, seidenhaarig, 98 M. Blaufüchse, imitiert, 58 M. Posten Pelzkragen und Muffen 28 M. Silberfüchse, Elektrische, Zobelfüchse, Skunks, Iltis und viele andere Pelzarten, ausgesucht schöne Stücke. Riesenauswahl, fabelhaft billig. Selten günstige Gelegenheitskäufe in Damenpelzmänteln. Seal-Elektrik, Persianer usw. Neueste Mode, erstklassige Verarbeitung. Herren-Pelzkragen 38 M. Pelzbesätze. Pelzhüte. Spezial-Pelzwarenhaus, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 113/114, kein Laden, nur hochparterre. *

Pelzgarnituren! Wunderbare Kreuzfüchse von 160 Mark an! Alaskafüchse 75 Mark! Echte Rotfüchse 90 Mark! Elegante Silberfüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten in großer Auswahl zu allerbilligsten Sommerpreisen! Umarbeitungen! Schmucksachen! Leihhaus! Warschauerstraße 7.

Leiterwagen, Kastenwagen, Karren liefert billig. Großes Lager. Wagner, Oberstraße 11. 1219*

Pelzwaren bei bequemer Ratenweise abzugeben. Bei Barzahlung 10 Prozent Nachlaß. Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen. Pelzwaren-Fabrik Kalk, Alt-Wartenbergstraße 11, nahe Stadtbahnhof Tiergarten. Tel.: Moabit 7622/23. 1448*

Gardinenverkauf, Fenster 25 Mark, Bettdecken, Steppdecken, Matratzen, Bettgardinen, Tischdecken, Daunendecken, Bettwäsche, Bettenverkauf. Gelegenheitskauf. Schmucksachen. Für Wiederverkäufer günstige Gelegenheit. Leihhaus Admiralstr. 4, eine Treppe. 1418*

Schöne Teppiche, Diwandecken, Tischdecken, Läufer, preiswert. Krüger, Steglitzer Straße 29, Gartenhaus. 4138*

Petroleumlampen 3.50, Küchenlampen 15.50, Stallaternen 25.—, Krauz, Große Frankfurter Straße 59. 4139*

Nähmaschinen zu verkaufen, auch Teilzahlung gestattet. Kahr, Prenzlauer Straße 30. 5054*

Möbel

Chaiselongues 95.—, Doppelbetten, Metallbetten, Küchen, Kleiderschränke. Reiske, Augustastraße 27 A. Quergeb.

Nordost-Zentral, Marienplatz 28, Fabrikgebäude. Billigste Preise. Komplett eingerichtete Musterzimmer. Nußbaum-Wohnzimmer 650—4500. Schlafzimmer 540—8000. Speisezimmer 1750—8000. Herrenzimmer 1200—8000. Küchen 425—2100. Sofas, Ruhebetten. Große Auswahl. Besichtigung erbeten. 762*

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke werden bereitwilligst ab. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. Liefere auch nach auswärts. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe. 502*

Küchen, 300 Mark. 1- und 2-Stubeneinrichtungen. Bar oder Kredit. Liefere auch auswärts. Größte Rücksichtnahme. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Möbel-Groß, Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 5.

Schlafzimmer, Küchen, alle Arten Möbel billig. Tischlermeister Hornack, Annenstraße 51. 798

Möbeltischlerei, 40 Jahre bestehend, Belle-Alliance-Str. 14c, liefert als Spezialeinrichtung Schlafzimmer 1500.—, Herrenzimmer 1850.—, hochelegantes Speisezimmer 5500.—, modernes Einrichtungen 800.—, Nußbaumwohnzimmer 1800.—, Kleiderschränke 375. Büfetts 285.—, Polsterausstattung Spiegelschrank 1450.—, Bettstellen komplett 190.—, Kleiderschränke, Vertikos 150.—. Umbauten, Tische, Stühle, Ruhebetten sehr billig. Kunstsachen, Stilmöbel, gewissenhafte Einrichtungen unter Preis. Sichere Zahlungserleichterung.

Herrenzimmer!!! einfache, bis zu den elegantesten, gediegen wirklich preiswert zum Einzelverkauf. Besichtigung lohnend! Berliner Möbelhaus W. Hirschwald, nur Südseite, Skalitzerstraße 32, Hochbahn: Kottbuser Tor.

Metallbettstellen mit Auflagen, billige Gelegenheit, Ringler, Neukölln, Weserstraße 202 I. 1302*

Möbelhaus Wallenstadt, Komandantenstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, liefert billig gegen bar und bequeme Teilzahlung bürgerliche Wohnungseinrichtungen, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, einzelne Möbelstücke, große Auswahl.

Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflegematratzen. Tapezierer Weltz, Stargarderstr. 18. *

Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Küche, Ankleideschrank, Verschiedenes einzeln. Umbausofa, Chaiselongue, Bettstelle, einzelnes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Zeiß, Köpenickerstr. 154, 4. Etage. Verkauf an Privatleute. Händler verbeten. 1302

Musikinstrumente

Pianos, Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- und Stilart, Kunstspielapparate, Notenrollen. Gebrauchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Umarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 12. *

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 428*

Kabinett-Piano Friedensware, nußbaum, schwarz, großer Ton, preiswert. Münzstraße 10 III. 748*

Pianos, Harmoniums, großes Lager von neuen und gebrauchten Instrumenten. Gelegenheitskäufe in jeder Preislage. Scherer, Chausseestraße 100. 1138*

Berliner-Pianos, neue, alte gespielte, wohlfeile Gelegenheiten, Kottbuserstr. 5. 758*

Gelegenheitskäufe großer Posten Einzelkäufer in Sprechmaschinen, Mandolinen, Lauten, Gitarren und Violinen aus erster Hand ohne Zwischenhandel durch direkten Vertrieb der Arbeiter-Genossenschaft des Erzgebirges und eigener Fabrikation. Schulz u. Grumbach, Münzstraße 13, am Alexanderplatz. 1448*

Fahrräder

Fahrradgummi zu Fabrikpreisen, Schwanbeck, Weinstraße 15. 965*

Kaufgesuche

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Broschen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Prob, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 5475. Eigene Schmelze, direkte Verwertung.

Kupferabfälle! Quecksilber! Messingabfälle! Zinn! Blei! Stanniolpapier! Platin! Silber! Zahngebisse! Sämtliche Metallabfälle kauft höchstzahlend. Schmelzwerkstätte Metallschmelze Baruch, nur Boxhagener Straße 29. 1168

Platin, Brillanten, Gold und Silber, alte Zahngebisse, Abfälle, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, unmodern gewordener Schmuck, Tafelaufsätze sowie Gekrätze kauft zu höchsten Tagespreisen Goldschmelze Kosocki, Berlin, Brunnenstraße 163, Telephon: Humboldt 1480. Eigene Schmelze, Selbstverbraucher. *

Altmetalle, Quecksilber zu höchsten Tagespreisen kauft jeden Posten, Metallschmelze Invalidenstraße 142, Norden 5649. 709

Platin, Silber, Quecksilber, Kupfer, Messing, sämtliche Altmetalle, Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren vier Einkaufsstellen „Sohn": 1. Brunnenstraße 11 (am Rosenthaler Platz), 2. Brunnenstraße 43 (am Weddingplatz), 3. Bahnhofstraße 2, Ecke Schöneberger Straße (am Anhalter Bahnhof), 4. Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 209 (nahe Hermannplatz). 1365

Zahngebisse!! Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, sämtliche Metalle, Quecksilber, Glühstrumpfasche, salpetersaures Silber, Aktenabfälle kauft höchstzahlend Silberschmelze Christionat, nur Köpenickerstraße, gegenüber Manteuffelstraße.

Kaufe jeden Posten Kupferleitungen, Kabel zu den höchsten Preisen. Elektrobüro, Langestr. 27 I, Ecke Andreasstraße, Alexander 5880. 1153*

Metall! Bedeutende Preiserhöhung! Platin! Zahngebisse, Zahn bis 75.— Goldabfälle! Silberabfälle! Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber! Glühstrumpfasche! Stanniolpapier! Kupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Zink! Blei! Höchstzahlend Schmelzerei, Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31, Alexander 4343. 768*

Kupferabfälle! Quecksilber! Messing! Zinn! Nickel! Zink! Blei! Aluminium! Stanniol! Zahngebisse! Platin! Bruchgold! Silberbruch! höchstzahlend! Metallschmelze Weiden, Weidenweg 72 Hof, am Baltenplatz. 1819*

Platin, Gramm 141 Mark. Brennstifte, Platinkontakte, Gold, Silber, Silbergeschirr, Quecksilber, Zahngebisse kaufen höchstzahlend Friedländer u. Co., Kommandantenstraße 29 I. 1298*

Metallschmelze Marianneustraße 1a (Heinrichplatz), kauft zu höchsten Tagespreisen sämtliche Metallabfälle sowie Platin, Gold, Silber, Quecksilber, auch Gekrätze. 1486

Edelmetalle, Quecksilber, sämtliche Metallabfälle kauft Metall-Einkaufszentrale, Kottbuserdamm 66, Moritzplatz 135 50. *

Leitungsdrähte, Kabel, Eisen-, Kupfer-, Bleidraht, Wachsdraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Oranienstraße 190, Moritzplatz 4016.

Tafelklavier, Flügel oder Piano, evtl. auch Harmonium, kauft Zaneski, Lüneburgerstraße 7, Gartenhaus IV. Preisangabe. 1218*

Klavier, Flügel oder Harmonium kauft Schmidt, Schreiber, Budapesterstraße 14 III. Preisangabe erbeten. 1218*

Hobelbank mit Werkzeugen, Schraubstock, Ballerbrust, Schraubzwingen kauft Senft, Oranienstraße 186. *

Möbel, Piano, Tafelklavier, evtl. Harmonium, sucht Leinorns, Cöpenickr. 3. Preisangabe. 1218*

Kaninfelle, Hasenfelle kauft zu höchsten Tagespreisen Gebrüder Müller, Danzigerstraße 5 II. *

Spiritusfederer, Verkäufer kauft laufend jeden Posten, Schröder, Prinzenstraße 66. *

Damenrad, Herrenrad kauft Kranz, Große Frankfurterstraße 59. 41/12*

Zahngebisse, Platin, Gold, Silber, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelze Blumenstraße 68. *

Alte Taler, höchstzahlend, kauft Schneider, Schönhauser Allee 182, 2 Tr. 41/14*

Beim, Schrank, Decke kaufen Gebrüder Horowski, Quellenstraße 5, Rüdersdorf 2879. 1218*

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Peters, Prenzlauerstraße 34. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Möbus, Waldstraße 5. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft G. Ernst, Gubenerstraße 36. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Degener, Bahnstr. 46, Schöneberg. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Haase, Stallschreiberstraße 25 A, Ecke Dönhoffplatz. *

Autozubehör, speziell Vergaser, Magnete, Zündkerzen, Scheinwerfer, Entwickler, Hupen, kauft Selbstverbraucher Schrader, Reinickendorferstraße 118. 1138*

Goldmünzen — Silbermünzen, Platina, Platinabfälle nicht unter 8 Mark, alte Gebisse kauft C. Hornberg, Palisadenstraße 11, vorn II. 1140*

Silbermünzen, Platin, Gold kauft höchstzahlend Thiel, Dresdenerstraße 126. *

Kupfer Mark 10.00 per Kilo, Messing Mark 8.00 kauft Thiel, Dresdenerstraße 126. *

Bandagen für Fahrräder und Autos kauft Thiel, Dresdenerstraße 126. *

Unterricht

Deutsch, Richtigsprechen, Richtigschreiben, Diktatübungen, Buchführung, Rechnen, Schönschreiben, Stenographie, Maschinenschreiben, — Englisch, Französisch. — Auswahl befindlicher Unterrichtsfächer. Kaufmännische Privatschule von Richard Siest, Prinzenstraße 52 (Moritzplatz). 428*

Heinrich Maurers Privat-Anlernschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Anfertigung, Schnittmuster. Lehrplan kostenlos. Fernsprecher: Königstadt 303. 8432

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Guiento, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Tanzschule Friedrich, Dresdenerstraße 37/38 (Markthalle). Sonntagskurse. Wochenkurse beginnen. Erfolgsichere Ausbildung. 41/21*

Verschiedenes

Kostenlose Rechtsberatung: Spezialität: Ehesachen, Strafsachen! Gerichtsvertretung. Neukölln, Berlinerstraße 10 (Hermannplatz).

Frauenberuf. Jede Frau schafft sich gute Existenz durch Verkauf sämtlicher Artikel. Monatliches Einkommen von 1000 Mark garantiert. Auskunft unter A. 42 an Expedition des „Vorwärts". *

Kunststopferei Große Frankfurter Straße 67. 665*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Tüchtiger Pumpenmonteur, welcher mit allen erforderlichen Arbeiten langjährig vertraut ist, nur beste Zeugnisse aufweisen kann, wird für dauernde, gutbezahlte Stellung sofort verlangt. Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften an Firma Adolf Krüger, Berlin C. 27, Alexanderstraße 14. [illegible]

Jungen Mitfahrer, ehrlich, fleißig, achtbare Eltern Bedingung, sucht E. Wennig, Tegelerstraße 4. 388

Kostüme im und außer Hause für bessere Kunden und Kostüme verlangt Voß, Danziger, Schönhauser Allee 154. 1482*

Sisenflepperin, perfekt, verlangt sofort Adolf Daniels, Schönhauser Allee 161. 1402

Kartonnagenarbeiterinnen, geübte, sucht Kartonnagenfabrik, Markusstr. 25. *

Schürzennäherin sucht sofort Heimarbeit. Benfel, Kolonnenstraße 43. 3872

Landarbeiterinnen verlangt für die vom Arbeitsnachweis geprüften Stellen. Landwirtschaftliche Abteilung, Rückerstraße 9. (8—3.) Für Unterkunft und Verpflegung ist gesorgt. Meldung mit Papieren. 1221